

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RWB/038(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	Donnerstag, 24.04.2008	Altes Rathaus, Hansesaal, Alter Markt 6, Magdeburg	17:00Uhr	20:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Schnittstellenmaßnahme am Hauptbahnhof
Vorlage: DS0091/08
 - 4.2 Städtepartnerschaftsvertrag mit Radom/Republik Polen
Vorlage: DS0136/08
- 5 Anträge
 - 5.1 Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: A0066/08

- 5.1.1 Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: S0082/08

- 5.2 Bei Auswandererorganisationen für Magdeburg werben
Vorlage: A0025/08

- 5.2.1 Bei Auswandererorganisationen für Magdeburg werben
Vorlage: S0064/08

- 5.3 Steubenparade
Vorlage: A0189/07

- 5.3.1 Steubenparade
Vorlage: A0189/07/1

- 5.3.2 Steubenparade
Vorlage: S0036/08

- 5.4 Antrag RWB- Ausschuss "Magdeburg- Modellstadt erneuerbare
Energien"

- 6 Informationen

- 6.1 Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: I0098/08

- 6.2 Sachstand Wirtschaftsförderung
Vorlage: I0074/08

- 7 Verschiedenes

Anlage

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hubert Salzborn
Stadtrat Hans-Werner Brüning
Stadtrat Klaus Heinemann
Stadtrat Carsten Klein
Stadtrat Frank Schuster

Beratende Mitglieder

Stadtrat Alfred Westphal

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Daniel Kraatz

Geschäftsführung

Herr Norbert Haseler

Verwaltung

Herr Harnisch
Herr Günther Klaffehn
Beigeordneter Dr. Klaus Puchta
Frau Julia Scholz
Herr Mahnke
Frau König
Frau Schumann
Frau Stegmann

Gäste

Herr Ralph Tyszkiewicz

Nicht anwesende Mitglieder

Vorsitzende/r

Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Olaf Czogalla

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Kornelia Keune
Sachkundiger Einwohner Thomas Waldheim

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Um 17.00 Uhr eröffnete der stell. Vorsitzende, Herr Stadtrat Salzborn die vierte Sitzung des RWB- Ausschusses im Jahre 2008.

Herr Stadtrat Salzborn stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde.

An der Sitzung nehmen 5 stimmberechtigte Stadträte, 1 beratender Stadtrat und 1 sachkundiger Einwohner teil. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung gab es keine Hinweise.

Die vorliegende Tagesordnung wurde ohne weitere Zusätze und Bemerkungen einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom

Herr Stadtrat Salzborn stellt fest, dass es keine Hinweise zur Niederschrift der Sitzung vom 27.03.2008 gibt.

Ja: 2 Nein: 0 Enthaltungen: 3

Die Niederschrift der Sitzung vom 27.03.2008 wird bestätigt.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Schnittstellenmaßnahme am Hauptbahnhof Vorlage: DS0091/08

Frau Schumann vom Tiefbauamt erläuterte im Auftrage des Stadtplanungsamtes die vorliegende Drucksache. Neben der Vorstellung der Inhalte aus der Drucksache wurde speziell auf die Treppenanlage Bahnsteig 3 und 4 sowie den Aufzügen eingegangen.

Für die Stadt entstehen Kosten von 300 000 Euro.

Am Kölner-Platz wird eine neue Haltestelle entstehen, am Damaschke- Platz bleibt eine einfache Haltestelle bestehen.

Auf Nachfrage von Herrn Stadtrat Westphal informiert Frau Schumann, dass die Schnittstellenmaßnahme nicht Bestandteil der Tunnelvorlage ist. Die in der vorliegenden Drucksache dargestellten Maßnahmen finanzieren sich über das Schnittstellenprogramm.

Herr Stadtrat Westphal unterstreicht, dass er das Thema in Finanzausschuss nochmals ansprechen will. Die Drucksache ist in der kommenden Woche auch im Finanz-und Grundstücksausschuss.

Weitere Nachfragen gab es nicht, da das gesamte Thema Tunnelbau, Bahnhofsumbau bereits häufiger in der Vergangenheit diskutiert wurde.

Ja: 5 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Die Annahme der Drucksache 0091/08 wird empfohlen.

4.2. Städtepartnerschaftsvertrag mit Radom/Republik Polen Vorlage: DS0136/08

Frau Stegmann vom Amt 13 führt in die Drucksache ein. Seit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung im Jahre 2006 fanden zahlreiche Aktionen, insbesondere durch das Engagement des Freundeskreises Magdeburg-Radom der Deutsch-Polnischen Gesellschaft statt. Die Partnerschaft ist insgesamt auf einem guten Wege.

Herr Stadtrat Salzborn fragt, wie der Stadtrat in die Kontakte und Beziehungen nach Radom mit einbezogen ist, wenn wir andere Gesellschaften oder Institutionen mit der Partnerschaftspflege beauftragen.

Frau Stegmann führt aus, dass Vertreter der Fraktionen mit in entsprechende Beratungen einbezogen sind. Herr Blau, der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft gibt Einladungen auch an die Fraktionen. Es sind jedoch nicht immer Vertreter aus den Fraktionen anwesend.

Herr Stadtrat Klein möchte wissen, wie es mit den wirtschaftlichen Kontakten zur Stadt Radom bestellt ist. Hierzu sollte regelmäßig im Ausschuss informiert werden.

Herr Dr. Puchta machte deutlich, dass der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Herr Blau auch gleichzeitig bei der IHK beschäftigt ist für Auslandskontakte. Für Radom wird auch eine Wirtschaftsdelegation vorbereitet.

Herr Stadtrat Westphal machte deutlich, dass man sich bereits 2006 zu dem Thema unterhalten hat. Welche Ergebnisse gibt es? Gibt es für die nächste Fahrt ein Programm von der wirtschaftlichen Seite. Wer fährt mit bei der Reise.

Herr Stadtrat Brüning stellt die Nachfrage, ist die AGSA (Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.) mit einbezogen in die Aktivitäten zur Stadt Radom? Die Stadträte sollten mit einbezogen werden bei den geplanten Fahrten. Das Programm sollte hierfür erweitert werden. Die Stadträte sollten mit gestalten bei der Partnerschaft.

Herr Stadtrat Salzborn machte deutlich, dass der Stadtrat die Partnerschaft mit beleben sollte, vielleicht kann der Ausschuss einmal hinfahren. Ein Vorteil ist die relative Nähe der Stadt.

Herr Stadtrat Klein ist der Auffassung, dass eine Einbindung des Stadtrates immer gut ist für die Belebung einer Partnerschaft. Ein weiterer Aspekt der Beachtung finden sollte ist der Tourismus. Hier besonders der Kulturtourismus, denn Sachsen-Anhalt wird immer interessanter auch für polnische Touristen. Die MMKT sollte deshalb mit einbezogen werden.

Herr Stadtrat Westphal führte aus, dass die AGSA einen Beirat gebildet hat, zu dem regelmäßig die Fraktionen eingeladen werden. Auf der letzten Sitzung war nur der Stadtrat Herbst. Dort

wurde auch bekannt gegeben, dass jeder Magdeburg gegen eine Gebühr von 250 Euro mitfahren kann nach Radom.

Herr Stadtrat Brüning machte darauf aufmerksam, dass er keine Einladung erhalten hatte, selbstverständlich wäre er sonst anwesend gewesen.

Herr Stadtrat Salzborn sieht die Notwendigkeit, dieses in den einzelnen Fraktionen zu klären, wo die Einladungen geblieben sind.

Ja: 5 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Die Annahme der Drucksache 0136/08 wird empfohlen.

5. Anträge

5.1. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung Vorlage: A0066/08

Herr Stadtrat Salzborn erläuterte die Intention des Antrages und erinnerte daran, dass das Thema auf der letzten Sitzung bereits diskutiert wurde.

Herr Mahnke vom Fachbereich 62 machte einige Ausführungen zur Sondernutzungssatzung aus rechtlicher Sicht. Zum Straßenraum gehört auch der Luftraum, dieses ist unstrittig. Somit ist der Luftraum sondernutzungspflichtig und gebührenpflichtig. Ein normaler Anliegergebrauch fällt nicht unter die Satzung. Bei den Fassadenschildern gibt es bundesweit keine einheitliche Linie, teilweise wird es sehr restriktiv gehandhabt.

Die Stadt hat sich bisher an Ausnahmetatbestände gehalten, z. B. 30 cm Tiefe ist gebührenfrei. Die Satzung gibt es seit 1992, jedoch erst im letzten Jahr konnten die Schilder erfasst werden aus personellen Gründen. Insgesamt ist die Satzung ein gutes Instrument zur Steuerung des Gebrauches.

Herr Stadtrat Salzborn unterstreicht, man will wissen, gibt es eine Geringfügigkeit zwischen Ausgaben und Einnahmen, dann brauchen wir es nicht oder sind die Einnahmen ein gutes Geschäft für die Stadt, rechtfertigt der Aufwand den Erlös. Dieses geht aus der Stellungnahme nicht hervor.

Frau König vom Tiefbauamt informierte, dass der Aufwand für einmal erhobene Gebühren verschwindend gering ist. Es werden nur Folgebescheide geschrieben, lediglich bei der ersten Erhebung der Schilder ist ein höherer Aufwand notwendig.

Herr Stadtrat Westphal wollte konkret wissen, wie viele Mitarbeiter beschäftigen sich mit dem Thema Sondernutzungsgebühr.

Frau König versicherte, dass kein Mitarbeiter extra mit der Aufgabe betraut ist. In dem Bereich der Straßensondernutzung sind insgesamt 4 Mitarbeiter beschäftigt.

Herr Stadtrat Westphal äußerte sein Unverständnis, der Aufwand der betrieben werden muss ist gegenüber dem Nutzen unrealistisch. Die Gebühren rechtfertigen die Aufwendungen nicht.

Frau König erläuterte, dass die 4 Mitarbeiter etwa 332.000 Euro im Jahr für die Stadt erwirtschaften. Dieses ist wirtschaftlich.

Herr Stadtrat Klein informiert darüber, dass im Zusammenhang mit der Luftraumgebühr Betroffene berichteten, dass es Schriftverkehr gibt zwischen Betroffene, die vier bis fünf Schreiben umfassen. Dieses sind unverhältnismäßige Aufwendungen, die der Stadt viel Zeit und damit Geld kosten. Es wurde auch an die Ausführungen von Herrn Heidler von der IHK Magdeburg erinnert. Durch die Gebühr entsteht ein umfangreich immaterieller Schaden für die Stadt, der in Geld nicht gemessen werden kann.

Herr Stadtrat Klein machte nochmals die Ratio des Antrages deutlich, wir wollen von der Verwaltung erfahren bzw. es soll geprüft werden, wie man am besten aus der Sache herauskommt. Hierzu werden Ausführungen erwartet.

Frau König bemängelt, dass in der Sache von der Stadt keine klare Linie gefahren wird. Erst nach Veröffentlichung des Zeitungsartikels zur Luftraumgebühr ist es zu vermehrten Schriftwechsel gekommen. Dieses war davor nicht der Fall.

Herr Stadtrat Schuster stellt fest, die Straßen gehören den Bürgern. Wer diesen allgemeinen Gebrauch nutzt um hier Geld zu verdienen, der sollte eine Gebühr bezahlen. Wer nur Werbung macht, belebt die Straße bzw. die Stadt hier sollte keine Gebühr verlangt werden. Die Gebühr ist nur ein Nullsummenspiel, für die Stadt entstehen keine finanziellen Effekte.

Herr Stadtrat Brüning wirft ein, dass ihm die ganze Diskussion zur Problematik nicht gefällt. Hier wird so getan, die Stadtverwaltung hätte ein Ermessen in der Sache. Dieses stimmt nicht, es gibt eine Satzung, diese wurde politisch entschieden und danach muss die Verwaltung sich richten. Die Verwaltung kann nicht anders, sie muss die Gebühren erheben.

Herr Kraatz spricht sich dafür aus, eine gesamte Kostenaufschlüsselung in der Sache durchzuführen. Eine genaue Kostenrechnung für die Stadträte wird gewünscht. Die Kostenseite ist das Problem in der Sache.

Herrn Stadtrat Klein interessiert ein Vergleich zwischen Nachbargemeinden und der Region in der Sache. Zu den Nachbargemeinden stehen wir in Konkurrenz, nicht mit anderen Großstädten. Die Satzung sollte durchforstet werden, wo liegen wirtschaftliche Effekte. Worauf kann man verzichten. Eine exakte Datenanalyse sollte erfolgen.

Herr Stadtrat Salzborn macht darauf aufmerksam, dass immer wieder die Frage geklärt werden muss, was kostet uns die ganze Sache und was kommt dabei heraus. Diese Frage muss geklärt werden.

Herr Stadtrat Schuster ist der Meinung, dass es in der Sache nicht um eine politische Entscheidung geht, sondern um eine wirtschaftliche Entscheidung. Hierzu muss von der Verwaltung sichtbar gemacht werden, in welcher Gruppe haben wir welche Einnahmen und welche Ausgaben. Hierzu benötigen wir Zahlen von der Verwaltung, um zu einer Entscheidung zu kommen.

Herr Stadtrat Salzborn regt an, die Stellungnahme sollte dahingehend überarbeitet werden, dass man entsprechendes Zahlenmaterial erhält.

Herr Mahnke betonte die Ordnungsfunktion der Satzung. Die Einnahmenseite ist nur die zweite Funktion der Satzung. Die Verwaltung benötigt ein Instrumentarium zur Ordnung des Straßenraumes. Dieses Instrumentarium liegt mit der jetzigen Satzung vor.

Herr Stadtrat Westhal erklärte, dass das Ziel des Antrages es ist, die heutige Satzung zu ändern. Die Verwaltung kämpft natürlich um jeden Arbeitsplatz und um jede Aufgabe. Wir sind es den Bürgern schuldig zu erklären, wie Aufwand und Ertrag in der Sache zusammenhängen. Dieses muss betriebswirtschaftlich ermittelt werden.

Frage ist auch um wie viel Werbeschilder geht es eigentlich.

Frau König nannte ein Zahl von rund 280 Ansticker, die in den Luftraum der Straße um mehr als 30 cm reichen.

Herr Stadtrat Brüning äußerte sein Unverständnis zum bisher diskutierten. Der vorliegende Antrag ist ein rein lobbyistischer Antrag. Die bisherige Diskussion zur Sache ist nicht ehrlich geführt. Der Verwaltungsaufwand, der an dieser Stelle beklagt wird ist doch fast überall höher als die entsprechenden Einnahmen durch die Verwaltung. Man denke nur an die zuvor geführte Diskussion zu den Partnerstädten. Dort wird nichts klein gegen gerechnet. Die angeführten Argumente, dass eine Mitarbeiterin des Tiefbauamtes sich ausschließlich mit der Thematik beschäftigt stimmt so doch nicht. Es gibt keinen Mitarbeiter der sich ausschließlich 24 Stunden mit der Thematik beschäftigt.

Entscheidend in der Sache ist, will der Stadtrat eine Gebühr oder will er sie nicht.

Abschließend stellte Herr Stadtrat Salzborn fest, dass die Stellungnahme nochmals überarbeitet werden sollte. Die Aufwendungen und Einnahmen sollten transparent gegenübergestellt werden. Herr Stadtrat Klein ergänzte, dass bei einer vergleichenden Betrachtung zu anderen Gemeinden, ein Vergleich zu den Nachbargemeinden gemacht werden sollte. Denn mit diesen Gemeinden sind wir unmittelbar verbunden.

Ja: 3 Nein: 1 Enthaltungen: 1

Der Antrag 0066/08 wird empfohlen.

5.1.1. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: S0082/08

5.2. Bei Auswandererorganisationen für Magdeburg werben
Vorlage: A0025/08

Herr Stadtrat Klein machte Ausführungen zum vorliegenden FDP-Antrag und zur Stellungnahme. Herr Klein stellte seine Aktivitäten zum Thema Auswanderorganisationen für Magdeburg werben dar. Nach einer telefonischen Kontaktaufnahme mit der deutschen Botschaft in den USA wurden viele Möglichkeiten einer Standortwerbung für Magdeburg deutlich. So gibt es rund 600 deutsche Vereine nur alleine in den USA. Es pendeln rund 8 Mio. Reisende zwischen den USA und Deutschland jährlich. Es sollten Programme gestaltet werden sich in den USA zu präsentieren. Ansätze hierfür gibt es genug (z.B. Tag der offenen Tür, in der deutschen Botschaft). Es gibt viele Möglichkeiten, wobei der finanzielle Rahmen noch überschaubar bleibt. Durch die Effekte werden die investierten Mittel wieder herausgeholt (z.B. mehr Touristen). In den USA gibt es ein großes Interesse für Mitteldeutschland. Das Land Sachsen-Anhalt ist im Bereich der Kultur besser aufgestellt als andere Bundesländer. Durch entsprechende Angebote muss die Neugierde der Menschen in Taten umgesetzt werden. Von der Stellungnahme hatte sich Herr Stadtrat Klein mehr erhofft.

Herr Dr. Puchta verweist darauf, dass im Prinzip es zwar richtig ist solche Aktivitäten zu verstärken. Es ist jedoch zu beachten, dass wir neben der finanziellen Frage, nicht die notwendige Struktur im Dezernat haben, um solche Kontakte und Aufgaben erfüllen zu können. Es geht in der Sache nicht nur um die Umsetzung einer Ausstellung, die Nachbearbeitung, die Pflege neuer Kontakte muss auch gewährleistet werden. Hierfür hat das Dezernat keine Arbeitskräfte.

Herr Stadtrat Westphal sieht keine Notwendigkeit, dass neben der Teilnahme an der Steuben-Parade noch ein weiteres Projekt in Amerika gemacht wird.

Im Übrigen müsste man eine Organisationsform finden, die solche Vorhaben umsetzt, natürlich unter besonderer Beachtung des Kostenpunktes.

Aus seiner Sicht sollte man der Stellungnahme zustimmen.

Herr Stadtrat Klein betonte nochmals, dass er aufgezeigt hat, wie man kostengünstig einen Weg verfolgen kann. Die geringen Kosten können wir stemmen. Die Kontakte können sicherlich geleistet werden.

Herr Dr. Puchta verdeutlichte, dass es keine grundsätzliche Ablehnung des Vorschlages gibt. Aber es müssen auch die organisatorischen Möglichkeiten beachtet werden.

Herr Stadtrat Salzborn machte den Vorschlag einen Flyer zu entwickeln, dem man an Organisationen im Ausland geben kann, die damit Werbung für die Stadt Magdeburg machen. Damit könnte man in einem finanziellen und organisatorischen machbaren Rahmen bleiben.

Ja: 5 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Antrag 0025/08 wird empfohlen.

5.2.1. Bei Auswandererorganisationen für Magdeburg werben
Vorlage: S0064/08

5.3. Steubenparade
Vorlage: A0189/07

Herr Haseler berichtete, dass von der Verwaltung zur vorliegenden Stellungnahme kein Vertreter heute anwesend sein kann. Die Mitglieder entschieden sich trotzdem über den Tagesordnungspunkt zu beraten und ein Votum in der Sache abzugeben.

Herr Stadtrat Westphal unterstreicht zwar, dass die Teilnahme an der Steubenparade in New York ein gutes Anliegen ist. Die regelmäßige Teilnahme kostet jedoch viel Geld, ob Sponsoren dieses alles aufbringen können ist fraglich. Aus finanzieller städtischer Sicht kann einer regelmäßigen Teilnahme nicht zugestimmt werden.

Herr Stadtrat Salzborn regt an, die Idee einer Teilnahme an der Steubenparade durch die Steubengesellschaft auf privater Basis organisieren zu lassen. Hier könnte ein Interesse bestehen, eine regelmäßige Teilnahme durchzuführen.

Herr Dr. Puchta führt aus, dass die Stadt im letzten Jahr bei der Steubenparade gewesen ist. Es ist jedoch schwer, jedes Jahr eine solche Teilnahme zu gewährleisten und vor allem auch eine Wahrnehmung in der Parade zu erreichen. Paraden werden in New York sehr häufig abgehalten.

Die Sichtweise der Amerikaner ist eine andere wie die der Magdeburger. Das Ansinnen des Antrages ist finanziell zu aufwendig.

Herr Stadtrat Schuster sieht den Antrag ebenfalls kritisch, ein wirtschaftlicher wirklich positiver Effekt wird durch die Teilnahme nicht erreicht.

Herr Stadtrat Klein schlägt vor, den Namen Steuben anders für die Stadt zu nutzen. Innerhalb der Parade in New York besteht die Gefahr, dass die Stadt Magdeburg zwischen den anderen Teilnehmern kaum wahrgenommen wird. Die Teilnahme sollte auf reiner privater Ebene erfolgen, deshalb hat die FDP-Ratsfraktion auch den Änderungsantrag gestellt.

Ja: 0 Nein: 4 Enthaltungen: 1

Der Antrag 0189/07 wird nicht empfohlen.

5.3.1. Steubenparade Vorlage: A0189/07/1

Zum Änderungsantrag gab es keine weitere Diskussion. Er wurde im Kontext mit dem Antrag 0189/07 gesehen.

Ja:0 Nein: 4 Enthaltungen: 1

Der Änderungsantrag 0189/07/1 wird nicht empfohlen.

5.3.2. Steubenparade Vorlage: S0036/08

5.4. Antrag RWB- Ausschuss "Magdeburg- Modellstadt erneuerbare Energien"

Herr Stadtrat Salzborn führt kurz in den allen anwesenden Mitgliedern vorliegenden Antragsentwurf ein. Herr Dr. Puchta erläuterte zusammenfassend die 10 Punkte des Antrages.

Herr Westphal machte darauf aufmerksam, dass die Dinge alle schon lange bekannt sind, hätten wir als Stadt schon lange machen können. Der Antrag ist nicht notwendig.

Herr Kraatz macht den Vorschlag, nur ein Fachbereich sollte ausgebaut oder gefördert werden, anderenfalls sollte an der Uni eine doppelte bzw. gleiche Ausrichtung im Bereich regenerativer Energien vermieden werden.

Herr Dr. Puchta verweist darauf, dass wir enge Kontakte mit der Uni und der Fachhochschule haben. An der Hochschule wird sich sicherlich einiges tun. Als Stadt versuchen wir immer das Thema zu befördern, in jeder Hinsicht.

Herr Tyszkiewicz von der GWM machte umfangreiche Ausführungen zu den Themen Produktion von Bio-Kraftstoffen der 2.Generation – BTL-Kraftstoffe, Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen kommunaler Gebäude und Bio-Energie-Nutzung. Genaue Ausführungen finden sich in der Anlage.

Zum vorliegenden Antragsentwurf stellt Herr Stadtrat Brüning fest, dass unter Punkt 10 die Aufsichtsräte der MVB GmbH nicht angewiesen werden können. Der Punkt 10 sollte gestrichen werden. Wenn die MVB vermehrt erneuerbare Energien nutzen soll, sind damit Mehrkosten verbunden wer soll sie bezahlen?

Herr Salzborn stellt fest, dass es sich bei den 10 Punkten im Wesentlichen um den Ideenextrakt des Workshops handelt. Genaue Auswirkungen sind im Einzelnen zu klären.

Es wurde der folgende Antragsentwurf zur Abstimmung gestellt und mit 4 – 0 – 1 als Antrag des RWB- Ausschusses beschlossen.

Kurztitel

Profilierung der Landeshauptstadt Magdeburg als Modellstadt erneuerbarer Energien
--

Der Stadtrat hat beschlossen, Magdeburg zur Modellstadt erneuerbarer Energien zu entwickeln . Der RWB-Ausschuss hat sich intensiv mit dieser Thematik auseinander gesetzt und diesem Zusammenhang am 01.12.07 einen Workshop zur Entwicklung von Ideen durchgeführt, mit denen sich Magdeburg als Modellstadt erneuerbarer Energien profilieren kann. In Auswertung dieses Workshops sieht der RWB-Ausschuss nachfolgende Ideen als entwicklungsfähig und geeignet an Magdeburg als Modellstadt zu positionieren und schlägt dem Stadtrat nachfolgende Projekte zur Beschlussfassung vor:

Der Stadtrat beschließt folgende Maßnahmen:

1. Schulunterricht zu erneuerbaren Energien

- Die Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, Die Linke, FDP bitten die ihrer Partei zugehörigen Landtagsabgeordneten, das Kultusministerium des Landes aufzufordern, Lehrinhalte zur Nutzung und Erzeugung von erneuerbareren Energien in den Lehrplänen verbindlich aufzunehmen.
- Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, das Kultusministerium um entsprechende Umsetzung zu bitten.
- Der Stadtrat appelliert an alle Schulen im Stadtgebiet, freiwillig zusätzliche Unterrichtseinheiten mit -entsprechenden Themen in das Bildungsangebot aufzunehmen.

2. Ansiedlung eines Biomassekraftwerkes

- Der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb wird angewiesen bei künftigen Ausschreibungen zur Verwertung/Beseitigung von Bioabfall/Grünabfall/Kompost Magdeburg als Standort für ein Biomassekraftwerk bzw. Biomassenutzung verbindlich vorzugeben, soweit vergaberechtliche Bestimmungen dies zulassen.
- Der Stadtrat beauftragt die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Magdeburg in den Aufsichtsgremien der SWM, im Unternehmen darauf hinzuwirken, die Voraussetzungen für die Abnahme der erzeugten Wärme und Energie zu schaffen; sich daraus ggf. ergebende finanzielle Auswirkungen müssten zwischen den SWM und dem Hauptgesellschafter auf Basis weiterer Stadtratsbeschlüsse geklärt werden.

3. Protegierung von PKWs mit Antrieb aus regenerativen Energien

dass Halter von Pkw mit Magdeburger Kennzeichen mit vom Stadtrat vorzugebenden Antriebstechnologien – primär KFZ mit Elektroantrieb sowie Hybrid-Antriebe – grüne Parkkarten bei der KfZ Zulassungsstelle der Stadt erhalten können, die zum kostenlosen Parken auf sämtlichen stadteigenen Parkflächen berechtigen. Die Verwaltung wird

beauftragt, entsprechend des Beschlusses des Stadtrates konkrete Antriebsarten zu benennen.

4. **Aufrüstung Magdeburger Sportstätten (Stadion Magdeburg, Bördelandhalle) mit Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien**
 - dass die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in den Aufsichtsgremien der Gesellschaften – MVGM, Betreibergesellschaft des Stadions– angewiesen werden, Investitionen zur Erzeugung regenerativer Energien an den Gebäuden über die Geschäftsleitung prüfen und deren Umsetzung nachhaltig verfolgen zu lassen.
5. **Verleihung eines Preises für vorbildliche Ideen zur Nutzung/Erzeugung erneuerbarer Energien**
 - die Einrichtung eines Magdeburger Umweltpreises, der innovative Ideen zur Nutzung/Erzeugung erneuerbarer Energien würdigen soll. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ein Konzept zur Ausgestaltung des Preises vorzulegen.
6. **Etablierung Magdeburg als Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien**
 - Alle Stadtratsfraktionen beauftragen die ihrer Partei zugehörigen Landtagsabgeordneten und –abgeordneten, Einfluss auf das zuständige Ministerium des Landes zu nehmen, um die notwendigen finanziellen Voraussetzungen und das Bekenntnis des Landes zur Errichtung eines Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien in Magdeburg zu erhalten
 - Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, das Kultusministerium und die Hochschulen des Landes aufzufordern, die Idee Magdeburg zur Modellstadt erneuerbarer Energien zu machen in ihren Planungen einzubinden und zu unterstützen.
 - Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister die Unternehmen in der Wirtschaftsregion Magdeburg um Unterstützung bei der Errichtung eines entsprechenden Stiftungslehrstuhls für erneuerbare Energien zu bitten.
7. **Ausweisung eines Modellwohngebietes mit intensiver Nutzung erneuerbarer Energien**
 - Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister zur Ausweisung eines Modellwohngebietes mit der Verpflichtung für die Bauherrinnen und Bauherren, in noch festzulegendem Umfang regenerative Energiequellen zu nutzen. Das Wohngebiet soll Bauherrn, die sich zur intensiven Nutzung regenerativer Energien bekennen, Vorteile beim Grundstückskauf bieten.
8. **Schaffung eines architektonischen Wahrzeichens zur Nutzung erneuerbarer Energien**
 - Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zur Schaffung eines architektonischen Wahrzeichens zur Erzeugung erneuerbarer Energien in Magdeburg vorzulegen.
9. **Verschenken von Ökostrom**

Die Vertreter der Landeshauptstadt im Aufsichtsrat der SWM werden aufgefordert im Unternehmen darauf hinzuwirken, dass Ideen entwickelt werden, wie ökologisch erzeugter Strom als Geschenkgutschein erworben werden kann.
10. **Nutzung von regenerativen Energien im ÖPNV**
 - Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt bei der MVB GmbH werden angewiesen die Unternehmensleitung zu bitten, Ideen vorzulegen wie im Betrieb der MVB erneuerbare Energien verstärkt genutzt werden können.

Gez. Salzborn
st. Ausschussvorsitzender

Der Antrag ist als Nummer 0101/08 für die Stadtratsitzung am 5.6.2008 eingestellt.

6. Informationen

6.1. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH Vorlage: I0098/08

Herr Harnisch vom Fachbereich 32 führte in die vorliegende Information ein. Seit März diesen Jahres liegt die schriftliche Aussage des VSG Verein selbst. Gewerbetreibender, Markt- u. Messereisender e. V. vor, wonach kein Interesse mehr am Kauf der Gesellschaftsanteile besteht. Die der Information beiliegende ausgearbeitete Drucksache kann dadurch nicht mehr umgesetzt werden. D. h. eine Umsetzung des Stadtratsbeschlusses, welcher ausdrücklich eine Veränderung der Anteile auf jeweils 5 X 20% vorsah, ist somit derzeit nicht mehr möglich. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Herr Stadtrat Brüning informierte zur Vorgeschichte und über seine Sicht der Dinge. Die Stadt soll ihre Mehrheitsanteile an der Weihnachtsmarkt GmbH aufgeben. Die Rolle der Mitgesellschafter sollte erhöht werden. Der 20 % Anteil verteilt auf die Mitgesellschafter ist dabei ideal, jedoch nicht zwingend vorgegeben.

Auftrag war es zu prüfen, jedem Mitgesellschafter einen Anteil von 20% einzuräumen, mehr nicht. Es ist abzuwarten was daraus gemacht wird.

Herr Stadtrat Westphal unterstreicht, dass die Drucksache und der Stadtratsbeschluss heute nicht Gegenstand der Diskussion ist. Wir können nur die Information zur Kenntnis nehmen. Ferner beantragt Herr Westphal die Befangenheit von Herrn Stadtrat Brüning prüfen zu lassen. Herr Brüning ist Ehrenmitglied des VSG e.V. und damit in der Sache befangen.

Im Nachgang der Sitzung erbrachte eine mündliche Nachfrage im Rechtsamt AL Herr Marske, dass in der Sache Herr Brüning nicht befangen ist. Da er als einfaches Mitglied keinen entscheidenden Einfluss auf den Verein nehmen kann. Anders ist die Sache zu sehen, wenn er im Vorstand oder Vorsitzender des Vereins ist und die Geschicke des Vereins unmittelbar beeinflussen kann. Dieses ist als Ehrenmitglied jedoch nicht der Fall.

Die Information 0098/08 wurde zur Kenntnis genommen.

6.2. Sachstand Wirtschaftsförderung Vorlage: I0074/08

Zur vorliegenden Information gab es von Seiten der Mitglieder keinen weiteren Diskussions- oder Nachfragebedarf.

Die Information 0074/08 wurde zur Kenntnis genommen.

7. Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt machte Herr Dr. Puchta einige Ausführungen zum BUGA-Turmmodell, welches im Europapark in Brüssel aufgestellt wird und dort für die Stadt Magdeburg als besonderes Bauobjekt steht. Das Vorhaben ist eine gute Marketingaktion, besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang auch den beteiligten Firmen und der GISE, ohne die eine Realisierung nicht möglich gewesen wäre.

Ferner wurde berichtet, dass die Stadt Magdeburg beim Programm URBACT mitmachen wird. URBACT II ist ein Förderprogramm für europäische Städte. Hauptziele sind die Netzbildung, der Austausch von Erfahrungen und Know-how sowie die Sammlung, Auswertung und Aufbereitung von innovativen Lösungsansätzen für die Wissenschaftspolitik als Motor einer integrierten städtischen Entwicklungspolitik.

Schwerpunkt des Magdeburger Beitrags ist der Wissenschaftshafen.

Zum Thema Schiffshebewerk wurde auf den Tag des Schiffshebewerkes am 1. Mai verwiesen und um eine rege Teilnahme gebeten. Ein Betrieb des Schiffshebewerkes wird zum 1. Mai noch nicht möglich sein.

Zum Thema Energiesonderzone (Antrag 203/06 u. Stellungnahme 257/06) berichtete Herr Dr. Puchta, dass nun eine entsprechende Studie vom Land nun hierzu vorliegt. Vom Land gibt es bisher jedoch noch keine eindeutige Positionierung. Eine Auswertung der Studie bleibt abzuwarten. Weitere Informationen werden folgen.

Zur Initiative Mitteldeutschland wird es in naher Zukunft eine Information geben, um zu berichten was daraus geworden ist.

Herr Stadtrat Salzborn gab den Hinweis, die Umrisse der Stadt Magdeburg als Aufkleber zu vermarkten, vergleichbar wie bei einigen Inseln (Sylt, Rügen usw.). Dieses sollte der MMKT aufgegeben werden.

Der st. Ausschussvorsitzende Herr Stadtrat Salzborn beendete die Sitzung um 20.00 Uhr.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Salzborn
st. Vorsitzender

Norbert Haseler
Schriftführer

Anlage

Ausführungen zum TOP 5.4 „Modellstadt für Erneuerbare Energien“

Der Geschäftsführer der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH, Herr Tyszkiewicz, machte (ergänzend) einige Ausführungen aus Sicht der GWM zu gegenwärtigen Entwicklungen im Bereich Erneuerbare Energien, die auch die Randbedingungen für die Realisierung des Ziels – Magdeburg als Modellstadt Erneuerbarer Energien“ beeinflussen:

Produktion von Bio-Kraftstoffen der 2. Generation – BTL-Kraftstoffe

Herr Stadtrat Westphal hatte bereits vor einigen Jahren Herrn Dr.-Ing. Wolf von der Fa. Choren Industries von den Standortvorteilen Magdeburgs für eine entsprechende Produktionsanlage überzeugt; ernsthafte Investitionsabsichten wurden zu diesem Zeitpunkt von Choren öffentlich verkündet und etliche Standorte untersucht. Seit 2004 bereiteten die Stadt Magdeburg sowie das Land Sachsen-Anhalt entsprechende Bewerbungsunterlagen vor; auf Landesebene wurde eine BTL-Arbeitsgruppe auch unter Mitwirkung der GWM ins Leben gerufen, die Fragen der Rohstoffbereitstellung untersuchte, um auf dieser Basis Investitionsüberlegungen zu erleichtern bzw. zu beschleunigen.

In den darauffolgenden Jahren wurden seitens Choren Industries in ca. 6-monatigem Abstand neue Standortentscheidungen öffentlich gemacht, wobei stets andere Argumentationen für den jeweiligen Standort zu verzeichnen waren. Dormagen – Favorit in 2005, später für 2009 – dann u.a. Lublin (Polen), zeitweise Uelzen, anschließend 2006 Lubmin (das damals im Besitz von Choren befindliche Grundstück ist zwischenzeitlich wieder veräußert worden), Ende 2007 wurde überraschend Schwedt/O. favorisiert.

Im April 2008 ging nunmehr mit mehrjähriger Verzögerung erst die Pilotanlage am Stammsitz der Firma in Freiberg in Betrieb, der Zeitpunkt der Investition in eine erste wirkliche Produktionsanlage ist vollkommen offen.

Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen kommunaler Gebäude

Die GWM hat die Dachflächen der Gewerbehallen des Gewerbezentrum Berlin Chaussee – ca. 4.000 m² Nettogröße - im Februar 2008 in die Dachflächenbörse von SolarLokal eingestellt, dieser Initiative war die Landeshauptstadt Magdeburg Anfang 2008 beigetreten. Ergebnis: ca. 5 Anfragen aus Süddeutschland bzw. Hamburg, keine regionalen Anfrager. Davon sind 4 lediglich Fondsgesellschaften, über die keine verlässliche Informationen zu erhalten sind sowie eine Ein-Mann-GmbH. Bei letzterer ist aufgrund verschiedener Informationen mangelnde Vertrauenswürdigkeit anzunehmen. Da für derartige Verpachtungen 20 Jahre Vertragslaufzeit das Minimum sind, ist die Auswahl eines potentiellen Vertragspartners bei ungenügender Informationsgrundlage riskant.

Bemühungen der GWM zu entsprechenden Verpachtungen auch in den zurückliegenden Jahren blieben aus nicht von der GWM zu beeinflussenden Gründen letztendlich ohne Ergebnis.

Diskutiert werden sollte auch die Frage, ob eine Zur-Verfügung-Stellung kommunaler Dachflächen – eventuell zu Vorzugskonditionen - letztendlich an Kapitalanleger überwiegend mit Sitz in anderen Bundesländern oder im Ausland wirklich Modellcharakter besitzt.

Bio-Energie-Nutzung

Der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik, ein von Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer installierter Beraterstab aus Landwirtschaftsexperten, hatte am 24. Januar

2008 ein Gutachten zur „Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung“ übergeben. Das fast zweihundertfünfzig Seiten starke Dokument ist im Internet-Auftritt des Ministeriums veröffentlicht. Grundsätzlich wird darin anhand zahlreicher Fakten und Argumente angeregt, dass die deutsche Bioenergiepolitik grundlegend überdacht werden sollte.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass potentielle Investoren vorerst Zurückhaltung üben werden, bis über künftige grundsätzliche politische Weichenstellungen und deren Auswirkungen auf wirtschaftliche Rahmenbedingungen einigermaßen Klarheit besteht.

Die gegenwärtig erfolgende Überarbeitung des EEG und die damit im Zusammenhang stehenden erheblichen Unklarheiten über künftige Gestaltung von Einspeisevergütungen ist ebenfalls eine Zurückhaltung von Investoren auf dem Gebiet der Anlagenerrichtung in allen Sparten zu befürchten.